

0.1 Arbeiterparteien

0.1.1 Entwicklung der Arbeiterpartei in Deutschland

[Anderer Lösungsvorschlag für die Soziale Frage: Lösung von den Arbeitern her ausgehend

- „Proletarier aller Länder vereinigt euch“
- (Sozialismus/Kommunismus sollte weltumspannend sein, BTW.)
- Schrittweise Lockerungen → Möglichmachung von Parteigründungen
- Gewerkschaften
- Dritte Säule: Konsumgesellschaften (Verbilligung durch Massenbestellungen sollten an die Arbeiter weitergegeben werden; „Unternehmer“ sollten keinen großen eigenen Gewinn haben)]

1848

Kommunistisches Manifest

1863

F. Lasalle [gründet] Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein [ADAV]

[Dessen linker Flügel gründet die Partei in der nächsten Zeile]

1869

Bebel/Liebknecht [gründen] Sozialdemokratische Arbeiterpartei [SDAP]

[Einsicht, dass Zusammenarbeit zwischen den Parteien notwendig ist; Fusion zur Partei in der nächsten Zeile]

1875

[In] Gotha [Gründung der] Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands [SAP]

1878–1890

Sozialistengesetze [u.a. durften die Sozialisten nicht mehr Werbung machen]: Erfolge trotz Verfolgungen

1891 (Erfurt)

[Umbenennung der Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands nach] SPD

→ Revisionismus [Anpassung des Programms/der Ziele an Staat (weniger radikal etc.) ([durch] Bernstein¹, „Revision“ → SPD ist revolutionär, aber keine Revolution machende Partei)

Rosa Luxemburg²: „Aktionismus“ [will Revolution]

→ 1917: Spaltung

13.12.2005

0.1.2 [„Das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus dem Jahre 1875“ (B. S. 131, Quelle M3)

- Allgemeines Wahlrecht
- Gesetzgebung durchs Volk
- Errichtung von Produktivgenossenschaften
- Zerschlagung des „ehernen Lohngesetzes“³ (wichtig)

¹Anführer des gemäßigten Flügels

²Anführerin der späteren Ultras

³Wikipedia: Nach Ferdinand Lassalle, einem der Gründerväter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), schwankt der Lohn bei vollkommener Konkurrenz unter den Bedingungen eines schrankenlosen Kapitalismus stets um das Existenzminimum. Beeinflusst wurde seine Theorie durch die Arbeiten von Thomas Robert Malthus und David Ricardo. In diesem Zusammenhang lehnte Ferdinand Lassalle die Gewerkschaften ab. Entsprechend dieser Vorstellung sollten die Löhne gesetzlich festgelegt werden, d.h. für eine bestimmte Arbeitsleistung entsprechend dem „ehernen Lohngesetz“ der Gegenwert in Geld gesetzlich festgeschrieben werden. Die Überlegung ähnelt dem Mindestlohn, definiert jedoch nicht den Mindestanspruch, sondern einen fixen „ehernen“ Geldwert der weder über- noch unterschritten werden darf. Das „eherne Lohngesetz“ ist daher das konzeptionelle Gegenteil der angewandten Tarifautonomie, die zwischen der Gewerkschaft als Arbeitnehmervertretung und den Arbeitgebern ohne formelle Einwirkung von außen stattfindet. Kritiker sahen im Zusammenhang mit dem „ehernem Lohngesetz“ das Hauptproblem in mangelnder Flexibilität, ferner sogar einen Versuch die Gewerkschaften zugunsten des ADAV aufzulösen und deren Funktionen auf diesen zu übertragen. In diesem Zusammenhang sei jedoch daran erinnert, dass Lassalle die Einrichtung von Produktivgenossenschaften anstrebte, in deren Organisationsform eine solche Regulation der Gehälter praktikabel ist.

- Volkswehr statt stehendem Heer
- Verbesserungen im Bildungswesen, insbesondere unentgeltliche Bildung
- Arbeiterstand soll sich als selbstständige politische Partei konstituieren.
- Theoretisches Programm: vor Z. 35;
Politisch-praktisches: ab Z. 35, insbesondere Rechtsprechung durchs Volk, Volkswehr, politische Recht im Sinne des theoretischen Programms
- Gründe, wieso die SAP keine Revolutionspartei war:
 - Durchsetzung des Programms nur mit gesetzlichen Mitteln, nur, was die Verfassung erlaubt
 - Nur Änderungen am damaligen System, nicht Forderung nach einem neuen System
 - Wunsch nach starker Vertretung der Partei im Parlament etc.]

Forderungen [nach den programmatischen Vorstellungen]:

- Arbeiterstand muss sich als selbstständige politische Partei konstituieren
- Forderungen nach allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen
- Beseitigung des „ehernen Lohngesetzes“ [hier auch wieder Mehrwert-Theorie]
- Freiwillige, legale Assoziation [Zusammenschluss] der Arbeiter in Produktivgenossenschaften

Forderungen [nach der Praxis, was damals möglich war]:

- Verbot von Sonntags- und Kinderarbeit
- Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter
- Progressive Einkommensteuer statt indirekter Steuern

[Grundlage war also Marxismus, aber dann halt obige Einschränkungen; Reform- statt Revolutionspartei]

[Später BTW auch Aufhebung der Sozialistengesetze durch Bismarck (wegen den großen Erfolgen der SPD)]

21.12.2005

0.1.3 [Sozialistengesetze (1878–1890)]

- Kein Wahlkampf
- Die Sozialisten durften nur noch gewählt werden (und nichts anderes großes etc. machen).
- Trotzdem Wahlerfolge
- Bismarck denkt: „Machen wir ´ne Sozialgesetzgebung, um die Sozialisten wegzukriegen“ [weil dann würden sie evtl. aufhören, weil sie ja erreicht hätten, was sie wollten (XXX)]. Bismarck mochte die Sozialisten deswegen nicht so sehr, weil sie ja irgendwie revolutionär etc. waren – die könnten evtl. den schönen Staat wieder kaputt machen]

0.1.4 Staatliche Sozialgesetzgebung

Die Sozialversicherung Bismarcks:

- 1883: Krankenversicherung
Betroffene: Arbeitnehmer ohne Familienmitglieder
Beitragszahler: $\frac{2}{3}$ Arbeitnehmer, $\frac{1}{3}$ Arbeitgeber
- 1884: Unfallversicherung
Betroffene: Arbeiter
Beiträge: Arbeitgeber
- 1889: Invaliditäts- und Altersversicherung (Rente ab 70)
Betroffene: Arbeiter (Familie nicht einbezogen)
Beiträge: $\frac{1}{2}$ Arbeitnehmer, $\frac{1}{2}$ Arbeitgeber
[Aber, da 70 schon ein sehr hohes Alter war, bekamen nur recht wenige die Rente]